

5/81

20. März

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unoi d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmannsdruk, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

## Hochschulausbau:

# Bundesländer entschieden erste Runde für sich

**Landesregierung: Wechloy wird gebaut - Universität sieht sich in der Kritik des Bundesrechnungshofes bestätigt**

Offensichtlich haben die Länder in der Auseinandersetzung um die Finanzierung des Hochschulausbau mit dem Bund die erste Runde für sich entschieden. Nach einem Treffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bot wenige Tage später Bundesbildungsminister Björn Engholm eine Erhöhung des ursprünglich um 20 Prozent reduzierten Ausbauetats von 680 auf 830 Millionen Mark an - allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Länder bereit seien, diese zusätzlichen Mittel vorzufinanzieren. Ob der Bund aber auch weiterhin seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen wird, steht dahin.

Die Länder scheinen zumindest entschlossen zu sein, den Bund kurzfristig nicht aus der Gemeinschaftsaufgabe zu entlassen. Niedersachsens Regierungschef Dr. Ernst Albrecht hatte nach dem Ministerpräsidententreffen mit Schmidt sogar damit gedroht, notfalls die Mittel des Bundes für den Hochschulausbau, die etwa 50 Prozent des Gesamtvolumens ausmachen, einzuklagen.

Wie ernst es Niedersachsens Regierung mit dieser Politik zu sein scheint, geht auch aus einem Kabinettbeschuß hervor, nachdem alle begonnenen und auch zum Teil noch in der Planung befindlichen Bauten mit relativ geringfügigen Abstrichen errichtet werden sollen - auch wenn eine Vorfinanzierung durch das Land notwendig ist. In dieser Liste der Baumaßnahmen ist auch das Projekt auf dem Standort Wechloy mit 1700 Studienplätzen

für die Naturwissenschaften und Mathematik enthalten. Dort sind lediglich eine bisher vorgesehene Nebenmensa und die Anlage eines neuen Botanischen Gartens dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Tatsächlich kann die Haltung der Niedersächsischen Regierung aber auch nicht überraschen. Durch ständige Änderungen der Zielpunkte und in diesem Zusammenhang verhängte Ausbaustopps hat sie sich bisher riesige Beträge an Bundeszuflüssen entgehen lassen und damit für eine Situation gesorgt, die jetzt auch vom Bundesrechnungshof scharf kritisiert wurde - am Beispiel der Universität Oldenburg.

Die ständige Unklarheit in den letzten Jahren über die Anzahl der zu schaffenden Studienplätze habe in Oldenburg dazu geführt, daß der

notwendige Ausbau der Universität stark gehemmt worden sei. Bereits bis 1975 hatten, so der Rechnungshof, nach den Zielpunkten 220 Millionen Mark ausgegeben werden müssen. Tatsächlich seien aber nur 66 Millionen Mark ausgegeben worden. Bis 1979 habe sich der Betrag lediglich auf 100 Millionen Mark erhöht. Mit einer Reihe von dringenden Vorhaben sei nicht begonnen worden, obwohl die meisten von ihnen schon seit Jahren in den Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land enthalten gewesen seien.

Die Universität sieht sich in der Kritik des Rechnungshofes am Plausionswirrwarr um ihren eigenen Ausbau voll bestätigt. In einer Presseerklärung meinte Präsident Dr. Horst Zilleßen, die permanenten Veränderungen der Zielzahlen und

die damit verbundenen Ausbaustopps hätten nicht nur dazu geführt, daß heute eine Überbelegung der Studienplätze bis über 100 Prozent verzeichnet werden müsse, sondern auch für Umbauplanungen und vorübergehende Anmietung von Gebäuden Kosten bewirkt, die in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Einsparungen stünden. Durch die eingetretenen Verzögerungen, so Zilleßen, seien auch die Kosten für die nun anstehenden Bauten in erheblichem Maße gestiegen. Die Universität habe in der Vergangenheit immer wieder auf diesen Punkt hingewiesen, was in Teilen der Öffentlichkeit allerdings oft nur den Eindruck erweckt habe, als führe die Universität in dieser Frage einen unnötigen Dauerkonflikt mit der Landesregierung.

gh

## Jura-Studiengang

# Keine Beerdigung erster Klasse

**Expertenkommission votierte mit bedingtem „Ja“**

„Ich gehe davon aus, daß die Empfehlung eine Markierung setzt, an der das Kabinett nicht vorbei kann.“ Mit diesen Worten kommentierte Präsident Dr. Horst Zilleßen das bedingte „Ja“ der von der Landesregierung eingesetzten Sachverständigenkommission zur Errichtung eines Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg. Die Entscheidung der zwölfköpfigen Kommission war gegen die Stimmen der Vertreter aus den Ministerien für Justiz, Finanzen und Kultur sowie der Rechtsanwaltskammer gefallen. Sämtliche Wissenschaftler, der Vertreter des Wissenschaftsministeriums und natürlich auch die Universität Oldenburg sprachen sich für Jura in Oldenburg aus.

Die Entscheidung kam letztlich nicht überraschend, obwohl zunächst von Insidern davon ausgegangen worden war, daß die vor einehalb Jahren von der Landesregierung eingesetzte Kommission eine „Beerdigung erster Klasse“ (so der Rundblick) für den vom Wissenschaftsminister zugesagten Jura-Studiengang vorbereiten sollte. Doch zu viele Argumente, nicht nur von der Universität selbst vorgetragen, sondern auch von Vertretern der regionalen Institutionen, sprachen für die Einrichtung dieses Studiengangs:

- die hervorragenden Bedingungen am Ort durch Präsenz aller Gerichte,
- die Notwendigkeit, das Fächerspektrum an der Universität zu erweitern,
- die Nachfrage nach Studienplätzen in der Region.

In einer ersten Stellungnahme erklärte zum Votum der Expertenkommission deren Vorsitzender, Professor Dr. Dr. Merzbacher (Universität Würzburg), sie habe ihre Entscheidung allerdings davon abhängig gemacht, daß für den Fachbereich Rechtswissenschaften in Oldenburg ein gutes personelles und materielles

Ausstattungsniveau gewährleistet werden müsse. Außerdem sei es notwendig, daß Berufungen für Hochschullehrer von „profilierten auswärtigen Rechtslehrern“ vorgenommen würden. Dieser Bedingung haftete, so Merzbacher, nichts Abwertendes für die Oldenburger Juristen an. Es gehe lediglich um die bestmögliche Startbedingung. Der „Rundblick“ kommentierte bereits am 3. Februar diese Haltung mit der Bemerkung: „Die Mehrheit (in der Kommission, d.R.)

Fortsetzung auf S. 4

## Wechloy-Modelle in der Aula

Vom 25. bis 27. März werden die Pläne und Modelle für die bereits begonnene Baumaßnahme auf dem Standort Wechloy in der Aula der Universität ausgestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## Kompaktsseminar mit Schweden

Am 25.3.81 werden 30 schwedische und deutsche Hochschullehrer die Universität Oldenburg besuchen. Zweck dieses eintägigen Besuches ist es, sich über die Universität Oldenburg und speziell über Auswertung und Ergebnisse des Modellversuchs „Einphasige Lehrerausbildung“ zu informieren.

Der Informationsbesuch ist Bestandteil des 3. schwedisch-deutschen hochschulpädagogischen Kompaktsseminars, das vom schwedischen Universitäts- und Hochschulamt und der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wird. Die Zusammenarbeit dieser Institutionen ist von der westdeutschen Rektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz vermittelt worden.

## Organisationsstruktur

# Senat lehnte neuen Beschluß des FBR I ab

**Universität muß sich auf Oktroi einstellen**

Trotz eines erneuten und von den bisherigen Beschlüssen abweichenden Votums des Fachbereichsrates (FBR) I zur Organisationsstruktur ist der Senat br bisherigen Haltung geblieben. Auf einer eigens am 10. März einberufenen Sondersitzung lehnte er es ab, die am 4. März getroffene Entscheidung des FBR I zu übernehmen, die die Teilung des Fachbereichs in einen FB Pädagogik/Sonderpädagogik und einen FB Philosophie/Psychologie/Sportwissenschaften vorsieht, wie sie auch der Wissenschaftsminister gefordert hatte.

In der Erklärung des Senats, die mit 8 : 4 : 1 Stimmen gefaßt wurde, heißt es dazu, er bedauere den jüngsten Beschuß des Fachbereichs I, der im Gegensatz zu den bisherigen Entscheidungen des Gremiums stehe. Ein Grund für die Meinungsänderung sei nicht zu erkennen. Er sehr deshalb keinen Anlaß, von seinen Beschlüssen abzuweichen. Der Fachbereichsrat I hatte seine geänderte Haltung damit begründet, daß die Aufrechterhaltung des jetzigen Fachbereichs nicht mit der Grundordnung zu vereinbaren sei. Tatsächlich heißt es in § 61, Abs. 2, Nr. 3: „Einem Fachbereich sollen in der Regel nicht mehr als 30 und nicht weniger als 10 hauptamtliche Hochschullehrer angehören.“ Bisher hatte der Fachbereichsrat I mit knapper Mehrheit seine Teilung abgelehnt. Sein erster Anlauf, diese Entscheidung zu revidieren, war von Studenten verhindert worden. Jetzt stimmte er ihr mit 8 : 2 : 3 Stimmen zu.

Inzwischen hat auch die Anhörung beim Minister zur Organisationsstruktur stattgefunden, in deren Verlauf der Präsident die Beschlüsse des Senats erläuterte. An der Unterredung nahmen auch die Vizepräsidenten, die Dekane und der Kanzler so-

wie Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg als Vertreter jener Gruppe im Senat teil, die sich in einem Minderheitsvotum für die Teilung der Fachbereiche und die Einrichtung von Instituten mit Nachdruck ausgesprochen hat. Präsident Dr. Horst Zilleßen verwies im Ministerium nachdrücklich darauf, daß die ablehnende Haltung der Universität gegenüber den Vorstellungen des Ministers u.a. darauf zurückzuführen sei, daß drei Statusgruppen (Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Dienstleister) keine Mitsprachemöglichkeiten in den auch vom Ministerium geplanten Instituten hätten. Zilleßen forderte in diesem Zusammenhang nochmals, bei der anstehenden Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) eine Regelung vorzusehen, nach der die Hochschulen in ihren Grundordnungen Mitspracherechte für die bisher „sprachlosen“ Statusgruppen in Instituten verankern können.

Daß eine solche Forderung im Rahmen der jetzigen Novellierung in die Tat umgesetzt wird, ist höchst unwahrscheinlich, obwohl selbst Hochschulexperten der CDU eine solche Lösung nicht von vornherein ablehnen. Fortsetzung auf S. 3



# Ab WS 1981/82 neuer Studiengang für Unterricht mit ausländischen Schülern

**Bundesregierung: „Integration eine der schwierigsten Aufgaben der 80er Jahre“**

Zum Wintersemester 1981/82 eröffnet die Universität Oldenburg einen dreisemestrigen Zusatzstudiengang für den Unterricht mit ausländischen Schülern. Das Zusatzstudium ist Bestandteil des vom Land Niedersachsen und dem Bund getragenen Modellversuchs „Ausländerpädagogik“. Nach Landau (Rheinland-Pfalz) und Hamburg bietet damit Oldenburg als dritte Hochschule in der Bundesrepublik ein spezielles Studium für deutsche Lehrer, die Ausländerkinder unterrichten wollen, an. Wie dazu der Slawist Professor Dr. Wilfried Stöting erklärte, haben die Absolventen dieses Studienganges besonders gute Anstellungsmöglichkeiten im Schuldienst, weil der Anteil der Ausländerkinder in den Schulen immer mehr steigt und damit auch das Erfordernis, sie durch besser qualifizierte Lehrer unterrichten zu lassen. Die Teilnahme am Studiengang setzt die erste Lehrerprüfung in Deutsch oder in einer Schulfremdsprache bzw. eine vergleichbare Unterrichtstätigkeit voraus. Die Universität bemüht sich weiter, beim Kultusministerium auch die Freistellung von Lehrern im Schuldienst für die Teilnahme an diesem Studiengang zu erreichen. Abgeschlossen wird das Studium mit einer staatlichen Ergänzungsprüfung. Jährlich stehen 40 Studienplätze zur Verfügung.

Schwerpunkt wird dabei die Vorbereitung auf den Deutschunterricht für ausländische Schüler in Grund- und Hauptschulen sein. Daneben sollen sozial-, erziehungs- und kulturwissenschaftliche Studienanteile angeboten werden, „die“, wie Stöting erklärte, „dem deutschen Lehrer helfen sollen, den Lebenshintergrund ihrer Schüler besser zu verstehen“. Die Erlernung einer Gastarbeiter-sprache (z.B. Türkisch, Griechisch oder Serbokroatisch) gehörte ebenso wie ein Schulpraktikum zu den festen Studienbestandteilen.

Bereits seit 1976 können Studenten im Rahmen des Deutschlehrerstudiums an der Universität Oldenburg den Schwerpunkt „Deutsch als Fremdsprache“ wählen. Diese Möglichkeit soll auch nach Einführung des Ergänzungsstudiengangs weiter bestehen. Im Rahmen dieses Konzeptes wäre es nach Worten Stöttings außerordentlich wünschenswert, wenn die Universität auch die Weiterbildung der ausländischen Lehrkräfte für den Muttersprachenunterricht übernehmen könnte. Ein Diplomstudiengang „Ausländerpädagogik“ sei außerdem in Planung. Nachdrücklich hat kürzlich auch die

Bundesregierung betont, wie wichtig es sei, die Chancen der in der Bundesrepublik aufgewachsenen ausländischen Kinder in jeder Weise zu verbessern. Bundeskanzler Helmut Schmidt bezeichnete es als eine der schwierigsten und komplexesten Reformagaben der 80er Jahre, die ausländischen Kinder, sofern die Eltern es wünschen, voll „in unsere eigene Gesellschaft zu integrieren“. Dies gelte zum Beispiel für die Schule und die Berufsausbildung. Ausländische Kinder brauchten die gleichen Chancen wie ihre deutschen Altersgenossen.

## Neue Frist im 3.StA

Die Bezirksregierung hat jetzt - nach Beratung im Gesprächskreis Schule-Universität - Fristen gesetzt für den Antrag, das Unterrichtsvorhaben im 3. STA ohne Prüfung zu verlängern (§ 10 Nr. 1 APVO-ELAB). Danach müssen die entsprechenden Anträge mit Begründung der Ausbilder künftig 2 Monate vor Ende des Unterrichtsvorhabens bei der Bezirksregierung vorliegen, diesmal also schon am 1. Mai.

## Nachruf auf Horst Barth

Nach langer und schwerer Krankheit starb am 22. Februar 1981 Horst Barth, Lehrbeauftragter im Fach Musik, im 41. Lebensjahr. Nach seinem Studium der Schulmusik und der Geographie in Hannover war Barth als Lehrer an einem Bremer Gymnasium tätig und baute dort im Rahmen der Reformierten Oberstufe einen alternativen Musik-Schwerpunkt in apparativer Technik auf - eine in Deutschland wohl einmalige Einrichtung. Hier brachte Barth seine künstlerische und technische Kompetenz ein, die er sich vor allem auch bei seiner langjährigen Mitarbeit bei Radio Bremen erworben hatte.

Aus alledem zog auch das Fach Musik an der Universität Oldenburg Gewinn. So arbeitete Barth seit 1970 in der Oldenburger „Arbeitsgemeinschaft Musikpädagogische Unterrichtsforschung“ mit, hatte seit 1973 wesentlichen Anteil an der Studiengangsplanung im musikpraktisch-technischen Bereich und hier seit 1974 einen Lehrauftrag.

Horst Barth stellte stets höchste Ansprüche, vor allem an sich selbst. Bis zuletzt hoffte er, wieder gesund zu werden und weiterarbeiten zu können. Er ist zu früh gestorben, und wir werden ihn wohl kaum ersetzen können.

Ulrich Günther/Niels Knolle

## Neues Verfahren gegen Müller

Die Bezirksregierung Weser-Ems leitete jetzt ein Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Hans-Joachim Müller ein, der Absolvent der damaligen Pädagogischen Hochschule in Oldenburg ist. Das Verfahren wird unter anderem mit Müllers „Wahl in den Rat der Stadt Oldenburg“ für die DKP und mit vier Publikationen „unter der Überschrift ‘Ein Ratsherr gibt Rechenschaft’“ begründet. Bis-her war die Bezirksregierung vor allen Gerichten davon ausgegangen, daß Müller wegen seines politischen Engagements in der Partei kein Beamter sei. Diesen Standpunkt vertritt sie nach Auskunft Müllers in einem zur Zeit laufenden Verfahren auch vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin, von dem sie die Zulassung der Revision gegen ein für Müller positives Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg durchsetzen möchte.

Müller nannte dieses Verfahren unglaublich, denn die Bezirksregierung könne nicht einerseits die Rechtsauffassung darlegen, daß er kein Beamter sei, ihn aber andererseits gleichzeitig verdächtigen, „schulhaft in erheblichem Maße gegen die Ihnen als Beamten gemäß § 61 Abs. 2 NBG obliegenden Pflichten verstoßen und durch Ihr pflichtwidriges Verhalten ein schweres Dienstvergehen begangen zu haben.“ Wenn er aber doch Beamter sei, dann sei es untragbar, daß er seit sieben Jahren nicht unterrichten dürfe.

# „Nicht nur aus sozialhistorischen Gründen wichtig“

**Dieter Kimpel \* über den Einsatz von Hochschulangehörigen für den Erhalt von Gebäuden der Oldenburger Klävemann-Stiftung**

Im WS 79/80 hatten die Kollegen Holland, Pfotenhauer, Ritter und ich für Studenten der Fächer Raumplanung und Kunst ein Seminar über Formen des Siedlungsbaus in Oldenburg veranstaltet, in dem es uns neben dem Werkwohnungsbau in Osterburg und den Genossenschaftshäusern der 20er Jahre vor allem um die „Klavemann-Stiftung“ ging. Eine Studentengruppe hatte die Archivalien zur Gründungsgeschichte aufgearbeitet und die baulich-ästhetische Erscheinungsform der Häuser zu analysieren versucht. In Examensarbeiten werden diese Ansätze derzeit weiter verfolgt. Zwei andere Studentinnen hatten schon vorher für eine praktisch-theoretische Prüfung eine sozialdokumentarische Fotoserie über die Bewohner in Nadorst vorgelegt. Inzwischen wird ein Sanierungsentwurf für Donnerschwee erarbeitet, und im SS 81 soll im Rahmen einer praktisch-theoretischen Veranstaltung über sozialdokumentarische Fotografie eine systematische Dokumentation in Donnerschwee und Nadorst angefertigt werden.

Die Stiftung entstand aus einem Vermächtnis des Ratsherrn Carl Klävemann, der 1871 das Gelände in Donnerschwee und eine Summe von 50.000 Talern zu dessen Bebauung überließ. Dessen Bruder, der Stadtdekan Diedrich Klävemann, hinterließ 1889 das Gelände in Nadorst und 150.000 Mark für den Bau der dortigen Häuser. Beide Stifter wollten auf diese Weise billigen Wohnraum für finanziell schlecht gestellte Bürger bereitstellen. Von evtl. Überschüssen sollten weitere Häuser zum selben Zweck errichtet werden. Stiftungsträger wurde der Magistrat der Stadt Oldenburg. Als 1875 der Stiftung der Status einer juristischen Person verliehen wurde, erschien die rechtsgültige Stiftungssatzung in 150 gedruckten Exemplaren.

Bei unseren damaligen mehrfachen Begehung waren wir schon vom Zustand der Häuser und Gärten und von der Beeinträchtigung des Ensemblecharakters durch die Wohnblockbebauung in Nadorst und den früheren Abriss von drei Häusern in

Donnerschwee negativ beeindruckt. Da jedoch auch die Denkmalpflege die Schutzwürdigkeit dieser Ensembles ausdrücklich festgestellt hatte, hatten wir keinen Anlaß, tätig zu werden.

Im Herbst wiesen mich Frau Stevens, eine Bewohnerin, und Studenten der Sonderpädagogik, die in Donnerschwee Kinder betreuten, darauf hin, daß die Stadt allem Anschein nach eine „Entmietung“ der Häuser beabsichtigte. Nach anfänglichen Zweifeln (denn ich konnte mir nicht vorstellen, daß die Stadt eines ihrer interessantesten sozialhistorischen Denkmäler zerstört), ergaben ein Besuch vor Ort und Rückfragen bei den Bewohnern, daß einige Wohnungen schon leer standen, daß einige Mietparteien der Auszug nahegelegt und daß andere dringend von Reparaturarbeiten abgeraten worden war. Dabei sickerte auch durch, daß nicht nur das Unterstraßengelände, sondern auch ein Teil der Gartengrundstücke der oberen Häuser (die ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil des Ensemblecharakters sind) dem Stiftungszweck entzogen werden sollten.

Angesichts dieser Gefahren haben wir Ende November in der Universität eine öffentliche Informationsveranstaltung abgehalten und eine Resolution verabschiedet, die in der Presse eine sehr erfreuliche Resonanz gefunden hat. Es folgte Anfang Dezember eine Bürgerversammlung in Donnerschwee, zu der auch die Behördenvertreter und politischen Entscheidungsträger eingeladen waren, von denen lediglich Ratsherr Müller erschien und referierte. In einer Resolution wurde noch einmal dargelegt, warum die Siedlung Donnerschwee unter den Ensembleschutz fällt. Die Stadt wurde aufgefordert, sowohl ihre Planungen für den Bereich der Weser-Ems-Halle als auch die Rechnung über die bisherigen Erhaltungsinvestitionen offen zu legen.

Nachdem die Presse wiederum sehr ausführlich über die Probleme berichtet hatte, haben die Ratsfraktionen uns mitgeteilt, daß sie sich alle vorbehaltlos für den Erhalt der Unterstraße einsetzen würden. Die einzige Reaktion des obersten Behör-

denvertreters und zuständigen Restsortchefs, Oberstadtdirektor Wandscher, bestand in einem Dementi von Presseberichten, demzufolge die Häuser bzw. Baugruppen voll erhalten blieben (NWZ v. 30.1., Oldenburger Anzeiger vom 5.2.). Dieses Dementi war anscheinend so spitzfindig abgefaßt, daß sich auch die Presse über seinen wahren Inhalt täuschte.

Auf einer Bürgerversammlung Anfang Februar, zu der nun auch zahlreiche Nadorster erschienen waren, und über die die Presse wiederum ausführlich berichtet hat, beschwichtigten die anwesenden Ratsherren von CDU, SPD und FDP die Bürger. Sie wußten nichts von Abbruchplänen und würden sich diesen auch widersetzen. Ratsherr Müller zitierte allerdings aus einem geheimen Sitzungsprotokoll, wonach die Baumaßnahmen im Bereich der Weser-Ems-Halle nicht ohne einen partiellen Abriß der Häuser in Donnerschwee realisiert werden konnten. Nach Berichten über die satzungsgemäßen Rechte der Mieter und über eine von Studenten durchgeführte Auswertung der Wohnung für Wohnung erhobenen Mängellisten wurde wiederum eine Resolution verabschiedet, die zusammen mit dem Protokoll an die zuständigen Stellen und die Presse weitergeleitet wurde.

Auf der Ratssitzung am 16.2.81 eröffnete Oberstadtdirektor Wandscher den erstaunten Ratsherren dann erstmalig, daß die Stadtverwaltung tatsächlich den Abriß der Unterstraße vorschlage. Zu einer Entscheidung kam es nicht. Am 17.2.81 habe ich bei der Bezirksregierung, der die Aufsicht über die Verwaltung der Stiftung obliegt, Beschwerde gegen die Stadt Oldenburg eingelegt. Zu diesem Zweck wurde ein ausführliches Memorandum angefertigt, in dem die formaljuristischen, haushaltstechnischen und sozialpolitischen Versäumnisse der Stadt anhand von Archivalien und der Haushaltsermittlungen seit 1945 dargelegt sind. Es stellt sich heraus, daß die Stadt die gültige Stiftungssatzung allem Anschein nach nicht kennt. In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf einen

Musterprozeß wurde auch ein Gutachten eines Bausachverständigen eingeholt.

Die Bürgerinitiative konnte am 9.3.81 ihren ersten Erfolg verbuchen: Der Bauausschuß entschied sich für die Erhaltung und Teilvermödung der Häuser in der Unterstraße.

Um die Stiftungssiedlungen jedoch wieder zu den menschenfreundlichen Einrichtungen werden zu lassen, die im Sinne der Stifter auch lange Zeit waren, bedarf es noch vieler Maßnahmen. Da die Initiative vor allem vom Engagement der Bewohner, die zu den am meisten betroffenen Bürgern gehören, und von der Einsatzbereitschaft der Studenten lebt, ist sie auf Hilfe angewiesen. Ratsherr Müller zitierte allerdings aus einem geheimen Sitzungsprotokoll, wonach die Baumaßnahmen im Bereich der Weser-Ems-Halle nicht ohne einen partiellen Abriß der Häuser in Donnerschwee realisiert werden konnten. Nach Berichten über die satzungsgemäßen Rechte der Mieter und über eine von Studenten durchgeführte Auswertung der Wohnung für Wohnung erhobenen Mängellisten wurde wiederum eine Resolution verabschiedet, die zusammen mit dem Protokoll an die zuständigen Stellen und die Presse weitergeleitet wurde.

Auf der Ratssitzung am 16.2.81 eröffnete Oberstadtdirektor Wandscher den erstaunten Ratsherren dann erstmalig, daß die Stadtverwaltung tatsächlich den Abriß der Unterstraße vorschlage. Zu einer Entscheidung kam es nicht. Am 17.2.81 habe ich bei der Bezirksregierung, der die Aufsicht über die Verwaltung der Stiftung obliegt, Beschwerde gegen die Stadt Oldenburg eingelegt. Zu diesem Zweck wurde ein ausführliches Memorandum angefertigt, in dem die formaljuristischen, haushaltstechnischen und sozialpolitischen Versäumnisse der Stadt anhand von Archivalien und der Haushaltsermittlungen seit 1945 dargelegt sind. Es stellt sich heraus, daß die Stadt die gültige Stiftungssatzung allem Anschein nach nicht kennt. In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf einen

sen. Ich rufe daher die Angehörigen der Universität zu Spenden auf das Spendekonto „D. Kimpel BfG Oldenburg, BLZ 28010111, Kto. Nr. 2943019001, Kennwort: Klävemann-Stiftung“ auf und bitte, unser Anliegen auch sonst zu unterstützen. Denn neben der ästhetischen Erfahrungsmachung von sozialhistorisch wichtigen Denkmälernensembles sollte vor allem der Einsatz für die von der Gesellschaft beteiligten Bürger zu den Aufgaben einer demokratischen Wissenschaft zählen.

Dieter Kimpel

\* Professor Dr. Dieter Kimpel ist Hochschullehrer für Kunst- und Architekturgeschichte im Fachbereich II der Universität Oldenburg



Durch Nichtsanierung zur Abbruchruine? Siedlungshaus der Klävemann-Stiftung

Foto: Kurt Oesterling

## Preisindex des Energieverbrauchs

Private Haushalte (Elektrizität, Gas, Brennstoffe, ohne Kraftstoffe).

|            | 1976 | 1977  | 1978  | 1979  | 1980 *) |
|------------|------|-------|-------|-------|---------|
| amtlich    | 100  | 100,9 | 103,3 | 124,8 | 136,9   |
| korrigiert | 100  | 100,8 | 102,8 | 136,1 | 151,3   |

## Preisindex für die Lebenshaltung einschließlich Energie

|            | 1976 | 1977  | 1978  | 1979  | 1980 *) |
|------------|------|-------|-------|-------|---------|
| amtlich    | 100  | 103,7 | 106,5 | 110,9 | 116,7   |
| korrigiert | 100  | 103,7 | 106,5 | 111,6 | 117,6   |

\*) bis einschl. November 1980

## Amtlicher Preisindex:

# Energiepreisseigerungen seit 1976 nicht angemessen berücksichtigt

Forschungsgruppe der Universität Oldenburg legt korrigierte Zahlen vor

Die Forschungsgruppe „Energieeinsparung und Wirtschaftspolitik“ der Universität Oldenburg, die sich u.a. mit den Verteilungswirkungen der Veränderungen am Energiemarkt beschäftigt, hat festgestellt, daß der amtliche Preisindex für die Lebenshaltung die Energiepreisseigerungen nicht richtig wiedergibt. Wie der Leiter des Projekts, der Volkswirt Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger mitteilt, liegt die Ursache dafür darin, daß die von Mietern zu zahlenden Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser beim amtlichen Preisindex nicht berücksichtigt werden. Dadurch kommen insbesondere die Steigerungen der Ölpreise im Preisindex nicht hinreichend zum Ausdruck. Die Forschungsgruppe hat einen korrigierten Preisindex für die Lebenshaltung vorgelegt, in dem die Energieausgaben der Haushalte vollständig berücksichtigt sind.

Der Preisindex für die private Lebenshaltung des statistischen Bundesamtes gewichtet die Preismeßziffern der verschiedenen Konsumgüterarten mit konstanten Gewichten, die aus den Anteilen der Verbrauchs ausgaben im jeweiligen Basisjahr abgeleitet werden. Die letzte Neugewichtung des Preisindex der Lebenshaltung erfolgt zum Jahre 1976. Sofern die Preise einzelner Güter oder Gütergruppen stark überproportional steigen, ohne daß der Verbrauch entsprechend eingeschränkt wird, so werden diese Gewichte zunehmend falsch. Dies gilt im Energie-

bereich insbesondere für den Heizölpreis.

Dieser Effekt ist seit langem bekannt und hängt mit dem Konstruktionsprinzip des amtlichen Preisindex zusammen. Der Haupteinwand gegen den amtlichen Index zielt jedoch nicht darauf, sondern vielmehr darauf, daß ein bedeutender Teil der Ausgaben der Haushalte für Energie im Preisindex der Lebenshaltung gar nicht repräsentiert ist. Denn alle Umlagen von Mietern für Heizung und

Warmwasser sind bei der Gewichtung des statistischen Bundesamtes nicht repräsentiert. Dadurch erhält der am wenigsten steigende Strompreis ein zu großes und der am stärksten steigende Ölpreis ein zu geringes Gewicht. Auf der Grundlage der Energiebilanzen der Bundesrepublik und der Preisreihen des statistischen Bundesamtes hat die Forschungsgruppe die Gewichte der Energieträger neu berechnet, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

| Anteil der Ausgaben im Preisindex %        | Strom | Gas | Heizöl | Kohle etc. |
|--|-------|-----|--------|------------|
| 53   | 17    | 26  | 5      |            |
| Anteil der Ausgaben lt. Energiebilanz 1979 | 37    | 15  | 42     | 6          |

Diese Anteile bildeten die Grundlage für die Rekonstruktion des Preisindex. Dabei wurde auch berücksichtigt, daß die Energieausgaben - wie aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ersichtlich - überproportional gestiegen sind.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß der rekonstruierte Preisindex die Preissteigerung in Bezug auf einen statistischen Durchschnittshaushalt angibt. Je nachdem welche Haushalte oder Gütergruppen stark überproportional steigen, ohne daß der Verbrauch entsprechend eingeschränkt wird, so werden diese Gewichte zunehmend falsch. Dies gilt im Energie-

Energiepreisseigerungen auch in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen stark vom statistischen Durchschnitt ab. Die Forschungsgruppe wird genauere Analysen dazu zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen.

Inzwischen hat das statistische Bundesamt in einem Schreiben an die Pressestelle der Universität demonstriert, daß die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser im Preisindex für die Lebenshaltung nicht berücksichtigt seien. Richtig sei vielmehr, daß die Ausgabenbeträge den verschiedenen Energiearten zugeschlagen worden seien.

## Küsten- und Binnenschiffahrt im Rationalisierungsprozeß

Oldenburger Forschungsprojekt befaßt sich auch mit der Geschichte der Binnenschiffer

Die Entwicklung der Küsten- und Binnenschiffahrt von der Jahrhundertwende bis in die Gegenwart untersuchen der Soziologe Professor Dr. Gerd Vonderker und der wissenschaftliche Mitarbeiter Dipl.-Soziologe Dieter Bögenhold. Das besondere Interesse gilt dabei den „sozialen und kulturellen Folgen des Strukturwandels in der niedersächsischen Binnen- und Küstenschiffahrt“. Die Untersuchung, die aus Förderungsmitteln des Zahlenlottos finanziert wird, versteht sich darüber hinaus als Beitrag zur Untersuchung von Rationalisierungsmaßnahmen in mittelständischen Unternehmen.

Der Hintergrund für die Untersuchung besteht darin, daß die Küsten- und Binnenschiffahrt besonders seit den 60er Jahren ökonomisch und technisch bedingten Veränderungen unterliegt, die weitgehende Konsequenzen für die Berufsausübenden haben. Waren die beiden Schiffahrtszweige um die Jahrhundertwende noch eine Einheit, so haben sie sich im Laufe der Zeit zu zwei eigenständigen Gewerbebereichen mit unterschiedlichen Strukturen auseinanderentwickelt - wenngleich oft innerhalb der Schifferroute noch eine gemeinsame soziale Basis zu erkennen ist. Küsten- und Binnenschiffer sind in ihren Heimatorten häufig verwandtschaftlich oder durch Mitgliedschaften in gemeinsamen Vereinen verbunden. Besonders seit den 60er Jahren haben nun die wirtschaftlich und technologisch bedingten Veränderungen massive Auswirkungen auf die Gewerbestrukturen und damit auch auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Schiffer und ihrer Familien gehabt.

Das Vorhaben konzentriert sich zunächst auf den Ort Haren an der Ems (Niedersachsen). Haren ist ein typisches Schifferstädtchen. Überdurchschnittlich viele Bewohner sind dort

noch in der Schiffahrt beschäftigt. Schon im Sommersemester 1979 wurden hier Voruntersuchungen durchgeführt, die von der Stadtverwaltung, von Heimatforschern, Schiffern und Altschiffern intensiv unterstützt worden sind. Der Verkehrsverein Haren signalisierte bereits seine Bereitschaft zur Mitarbeit, in die er besonders eigene familienkundliche Untersuchungen einbringen kann. Neben der schwerpunktmaßen Untersuchung in Haren sollen gegebenenfalls auch Schifferorte an der Weser und Lauenburg auf der schleswigholsteinischen Seite der Elbe ergänzend berücksichtigt werden.

Die Forschungsmethoden sollen „mehrdimensional“ sein. Einmal sollen vorliegende Daten, Literatur und ähnliche Quellen berücksichtigt werden. Weiterhin soll eine schriftliche Bestandsaufnahme der Schiffahrts- und Schifferberufsentwicklung vorgenommen werden. Drittens soll eine arbeitssoziologische Untersuchung der Arbeitssituation in Form einer teilnehmenden Beobachtung erfolgen. Schließlich sollen mit einer Anzahl von Schiffern, Altschiffern und ihren Familienangehörigen lebensgeschichtlich orientierte Gespräche geführt werden. Damit soll die vielleicht letzte Chance genutzt werden, um zu einem lebendigen Bild des Wandels der Schiffahrt am Anfang dieses Jahrhunderts mit dem Abschlagsprozeß vom Segelschiff zu kommen, denn eine Rekonstruktion aus dem Gedächtnis der Altschiffer ist schon wegen des Alters der Auskunfts Personen nur noch in einem kurzfristigen Zeitraum möglich.

Die Forschungsmethoden sollen „mehrdimensional“ sein. Einmal sollen vorliegende Daten, Literatur und ähnliche Quellen berücksichtigt werden. Weiterhin soll eine schriftliche Bestandsaufnahme der Schiffahrts- und Schifferberufsentwicklung vorgenommen werden. Drittens soll eine arbeitssoziologische Untersuchung der Arbeitssituation in Form einer teilnehmenden Beobachtung erfolgen. Schließlich sollen mit einer Anzahl von Schiffern, Altschiffern und ihren Familienangehörigen lebensgeschichtlich orientierte Gespräche geführt werden. Damit soll die vielleicht letzte Chance genutzt werden, um zu einem lebendigen Bild des Wandels der Schiffahrt am Anfang dieses Jahrhunderts mit dem Abschlagsprozeß vom Segelschiff zu kommen, denn eine Rekonstruktion aus dem Gedächtnis der Altschiffer ist schon wegen des Alters der Auskunfts Personen nur noch in einem kurzfristigen Zeitraum möglich.

## Senat zur Organisationsstruktur

Fortsetzung von S. 1  
nen. Sicher scheint dagegen aber, daß der Universität sehr bald ein Oktroi des Wissenschaftsministers ins Haus flattert, die Teilung der Fachbereiche I und III beinhaltet wird. Die Einrichtung von Instituten, so hatte es das Ministerium bereits in einem Erlaß Anfang dieses Jahres angekündigt, soll einer späteren Entscheidung vorbehalten sein.

gh

## Terminplan für das SS 81

|       | vorm.                 | nachm. |
|-------|-----------------------|--------|
| 22.4. | ZSK/SKen              | FBR    |
| 29.4. | HPK                   | FBR    |
| 6.5.  | Senat                 |        |
| 13.5. | BK/SKen               |        |
| 20.5. | HPK                   | FBR    |
| 27.5. | Senat                 |        |
| 3.6.  | ZSK/SKen              |        |
| 10.6. | HPK                   | FBR    |
| 17.6. |                       |        |
| 24.6. | Senat                 |        |
| 1.7.  | BK/SKen               |        |
| 8.7.  | HPK                   | FBR    |
| 15.7. | Senat<br>(bei Bedarf) |        |
| 22.7. | ZSK/SKen              |        |
| 12.8. | Senat<br>(bei Bedarf) |        |
| 2.9.  | HPK                   | FBR    |
| 9.9.  | Senat                 |        |

Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen am Vormittag um 9.00, am Nachmittag um 15.00.

Akkürzungen: ZSK = Zentrale Studienkommission, HPK = Haushalts- und Planungskommission, BK = Baukommission, SKen = Senatskommissionen, FBR = Fachbereichsräte

## Pfennig stellt aus

Professor Reinhard Pfennig, emeritierter Hochschullehrer für bildende Kunst an der Universität Oldenburg, stellt zur Zeit Ölbilder, Gouachen und Federzeichnungen aus den Jahren 1979 und 1980 im Stadtmuseum aus. Pfennig ist weit über die Region hinaus als Künstler bekannt.

## Kooperationsstelle vom Senat begrüßt

Einstimmig hat der Senat der Universität Oldenburg eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) begrüßt, beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die Förderung einer „Kooperationsstelle Hochschule - Gewerkschaften in der Region Oldenburg“ zu beantragen; die Universität werde dieses Vorhaben „voll unterstützen“. Der Antrag des DGB zielt darauf, die bisher ehrenamtlich wahrgenommenen Tätigkeiten von Gewerkschaftern und Universitätsmitgliedern für die 1975 vertraglich vereinbarte Kooperation der Universität Oldenburg mit dem DGB Niedersachsen sowie der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Arbeit und Leben auf diese einzurichtende hauptamtliche Kooperationsstelle zu verlagern. Dadurch soll u.a. eine „systematische Verarbeitung und Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse und Erkenntnisse im Arbeitnehmerinteresse“ gewährleistet und die in der Universität bisher fehlende „Kapazität für eine dokumentarische, informierende Aufarbeitung der wissenschaftlichen Arbeit“ sowie für die Einbringung geschaffen werden; auf Gewerkschaftsseiten sollen infrastrukturelle Defizite ausgeglichen werden, die die Weiterleitung, Umsetzung und anwendungsbezogene Kritik der vorhandenen Ergebnisse des Wissenschaftsprozesses bisher unmöglich machten. Hinzu kommen Aufgaben bei der Weiterentwicklung der Kontakte mit den Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven sowie beim Ausbau von ersten Kooperationskontakten zwischen den Universitäten Groningen und Oldenburg, die erkennen lassen, daß in den Niederlanden ein analoges Interesse für Arbeitnehmerprobleme im Wissenschaftsprozeß vorhanden ist.

## Jura-Studiengang

Fortsetzung von S. 1 scheint geltend zu machen, daß eine Juristen-Fakultät die Universität Oldenburg, die stark links geprägt ist, auch politisch etwas auflockern könnte. Das würde allerdings einen Gründungsausschuß an, den Hochschullehrer aus Oldenburg nicht beteiligt werden.“

Ob es allerdings zur Einsetzung eines solchen „Gründungsausschusses“ kommt, steht dahin. Zwar hatte die Landesregierung vor allem vom Votum der Expertenkommission abhängig machen wollen, ob ein bereits gefasster Grundsatzbesluß für eine Oldenburger Juristenausbildung in die Tat umgesetzt wird, doch die erste Stellungnahme aus dem Wissenschaftsministerium gegenüber der Nordwest-Zeitung ist eher zurückhaltend. Es könnte noch keine endgültige Einschätzung dazu abgegeben werden, ob die Empfehlung verwirklicht werde, erklärte der Sprecher des Ministeriums. Die Meinungsbildung zu den politischen, vor allem den finanziellen Aspekten der Jura-Frage werde noch längere Zeit andauern.

gh

## Personalien

**Prof. Dr. Friedrich W. Busch**, Erziehungswissenschaftler im FB I, leitete die 15. Jahrestagung der Kommission für Vergleichende Erziehungswissenschaft in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in der Universität Düsseldorf zum Thema „Internationale Tendenzen in Schulreforminitiativen - Begründungen, Modelle, Probleme einer Humanisierung der Schule“.

**Prof. Dr. Eberhard Knobloch**, Professor an der Technischen Universität Berlin, wurde mit der Verwaltung der Stelle „Mathematik mit dem Schwerpunkt Berufspraxis und Geschichte der Mathematik“ beauftragt.

**Prof. Dr. Peter Kosmol**, wurde mit der Verwaltung der Stelle „Mathematik mit dem Schwerpunkt Funktionsanalyse und numerische Mathematik“ beauftragt.

**Dr. Laurenz Lachnit**, Akademischer Oberrat an der Universität Dortmund, ist zum Professor für „Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen im FB III ernannt worden.

**Prof. Wolfgang Sprockhoff**, Mathematiker im Fachbereich IV, hat auf der 15. Bundestagung für die Didaktik der Mathematik am 4. März 1981 in Darmstadt einen Vortrag zur Frage „Wie Rechner statt Mathematik in der Grundschule“ gehalten.

**Prof. Dr. Walter Siebel**, Soziologe im FB III, ist vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung berufen worden.

**Dr. Horst Kern**, bisher wiss. Mitarbeiter am Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung, ist zum Professor für „Sonderpädagogische Diagnostik und Therapie“ ernannt worden.

**Susanne Pühler**, Soziologin im FB III, ist als wiss. Assistentin aus dem Dienst der Universität ausgeschieden

## Personalien

### Als wiss. Angestellte wurden eingestellt:

**Heinz Harder** für das Forschungsvorhaben „Verteilung, Metabolismus und Biologische Wirkungen von Pentachlorphenol in Watt-Sedimenten“ unter Leitung von Prof. Dr. Höpner, FB IV.

**Thomas Kleinspehn** für das Aufgabengebiet „Gesellschaftstheorie mit dem Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse“ im FB III.

**Christoph Reinder** für das Forschungsvorhaben „Industrialisierung Delmenhorst“, Prof. Hinrichs, FB III.

### Im Dienstleistungsbereich wurden eingestellt:

**Monika Bischoff** als Raumpflegerin im Dezernat 4

**Rainer Haupt** in der ZETWA-Mechanik-Werkstatt.

**Susanne Johannes** als Bibliotheksinsektorin für das Aufgabengebiet „Gruppenleitung der Erwerbsgruppe II in der Abteilung Erwerbung/Katalogisierung“.

**Gabriele Jordan** als Raumpflegerin im Dezernat 4

**Heinz-Jürgen Lohmann** als Dezernent und Leiter der Betriebstechnik im Dezernat 4

## Ausschreibung

Im Fachbereich II, Fachgebiet Russisch, sind ab sofort 1 ganze (92 Stunden im Monat) oder 2 halbe (46 Stunden im Monat) Tutorientunden zu besetzen. Aufgaben: Durchführung von Anfängersprachkursen, Phonetik- u. Landeskunde-Veranstaltungen, Betreuung des Sprachlagers. Bewerbungen sind bis zum 24. April 1981 in der Fachbereichsgeschäftsstelle (VG 405) abzugeben.

## Neue Formulare

Beim Pförtner sind jetzt erhältlich die neuen Formulare für

- schulische Erkundungen,
- außerschulische Erkundungen,
- Unterrichtsvorhaben,
- Erfolgsbescheinigungen im Fach
- Erfolgsbescheinigungen in EG,
- Leistungsnachweise in EG.

Sie sollen jeweils doppelt - in Original und Zweitfassung - ausgestellt werden, damit später keine Beglaubigung von Kopien erforderlich wird.

Ebenfalls beim Pförtner gibt es Merkblätter über die Bedingungen, die für den Erwerb der Nachweise zu erfüllen sind. ZpB

## TABULA BUCHLADEN

IM  
HERBART  
GANG

## Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.

Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM  
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM  
Kugelkopfschreibmaschinen ab 699 DM  
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

**ebs**  
BÜROTECHNIK  
HERWIG ERBLICK  
Donnerschweer Str. 91  
2900 Oldenburg  
Ruf 04 41 / 8 51 25  
Verkauf Mo-Fr ab 17 Uhr oder nach Vereinbarung

Kopieren · Sortieren · Einbinden

## KOPIER DIENST

· KOPIER-AUFRAG-SERVICE ·  
Examensarbeiten schnell u. gut

Ammerländer Heerstraße 88  
Fernsprecher 04 41 / 7 63 74

KOPIERPREIS

je Stück

DIN A 4 DM 0,10

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium



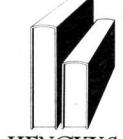
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



**B&G**  
1871 - 1971  
BUCHHANDLUNG  
BÜLTMANN & GERRITS  
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
Postfach 1 41

## 2 Stunden Examensarbeiten-Service

Fotokopien DIN A 4  
Buchbindearbeiten  
Zeitschriften Berichte



HENCKUS  
Buchbinderei  
Edewechter Landstraße 50  
29 Oldenburg  
Telefon 0441-50 2397

**Birkenstock-Sandalen**  
... wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen!  
Die gibt's in Oldenburg bei  
**EGGERS**  
Das Fachgeschäft für Fußgerekte Schuhe  
Edewechter Landstr. 89  
Telefon (0441) 50 27 63  
Mittwoch nachmittags geschlossen

spanhakes bastalgalerie  
oldenburg burgstraße 2 tel. 27488  
spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf  
spanhake  
oldenburg lange strasse 48 telefon 0441/27488

## Grund- & bodensolide

**ÖBS**

Immobilien  
GmbH

OLDENBURG MARKT RUF 0441/2371

Landesbausparkasse der Sparkassen

## Mit der ÖBS den Grundstein legen.

**ÖBS**

Öffentliche  
Bausparkasse

OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN